

Die europäische Zusammenarbeit der CDU

Die Parteienzusammenarbeit in Europa hat sich im vergangenen Jahr, vor allem im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen, lebhaft weiterentwickelt. Die Europäische Volkspartei ist zu einer arbeitsfähigen und intensiv arbeitenden Organisation geworden, die ein politisches Programm fertiggestellt hat und mitten in den Vorbereitungen für einen koordinierten Europawahlkampf der christlich-demokratischen Parteien steht; die EUCD hat sich mit einem weithin beachteten Kongreß in Berlin (6./7. Juni 1978) wieder klarer profiliert; die Brücke zwischen christlich-demokratischen, konservativen und anderen Parteien der Mitte ist mit der Gründung der Europäischen Demokratischen Union am 24. April 1978 in Schloß Klessheim bei Salzburg geschlagen worden; die innenpolitische Szenerie in unseren europäischen Partnerländern und damit die Position unserer Partnerparteien hat sich zum Teil durch Wahlen verändert; die CDU hat ihre bilaterale Zusammenarbeit mit europäischen Parteien im ganzen intensiviert und einige Partner hinzugewonnen.

Diese Entwicklungen werden in der nachfolgenden Dokumentation festgehalten; sie ist eine aktuelle Neufassung der als Beilage zum Uid 26/1977 erschienenen Dokumentation.

I. Mitarbeit der CDU in europäischen Parteienzusammenschlüssen

1. EUCD — Europäische Union Christlicher Demokraten

Gründung:

1965, als Nachfolgeorganisation der „Nouvelles Equipes Internationales“, Satzung i. d. F. von 1971.

Mitglieder:

15 christlich-demokratische Parteien aus 12 europäischen Ländern.

Organe:

Kongreß (Zusammentreten alle drei Jahre); Politisches Bureau; Exekutivkomitee; Präsident (seit 1973, wiedergewählt 1978: Kai-Uwe von Hassel); sechs Vizepräsi-

dentent; Generalsekretär (Prof. G. Petrilli, Italien); zwei Stellvertretende Generalsekretäre (Dr. Karl-Josef Hahn, Rom, Dr. Henning Wegener, CDU, Bonn); Generalsekretariat in Rom, 107 Via del Plebiscito.

Die EUCD bildet je nach Bedarf Ausschüsse und Studiengruppen; der wichtigste Ausschuß ist die Kommission für internationale Politik unter Leitung des früheren niederländischen Außenministers Norbert Schmelzer.

Besondere Beachtung fand der XX. Kongreß der EUCD, der am 6./7. Juni 1978 in Berlin stattfand. Der Kongreß verabschiedete Resolutionen über internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus; zur Förderung und Wahrung der Menschenrechte als einer Aufgabe christlich-demokratischer Politik; zur aktuellen europa-politischen Lage. Einer der Höhepunkte des Kongresses war eine richtungsweisende Rede von Dr. Helmut Kohl, der für die gastgebenden Parteien CDU und CSU sprach.

Satzungsmäßige Zwecke:

Förderung und Koordination der internationalen CD-Zusammenarbeit; Förderung politischer Studien von Interesse für die christliche Demokratie sowie des Gedankenguts des christlichen Humanismus, der Demokratie und der Freiheit; Verbreitung christlich-demokratischen Gedankenguts; ständige und enge Zusammenarbeit zwischen den europäischen CD-Parteien zugunsten gemeinsamer Politik für die Schaffung eines föderierten Europas.

Die EUCD ist — neben der lateinamerikanischen ODCA — eine der beiden Regionalorganisationen der Weltunion Christlicher Demokraten, die ungefähr fünfzig christlich-demokratische Parteien aus aller Welt vereinigt und ihr Generalsekretariat in Rom hat (Präsident: Ministerpräsident a. D. Mariano Rumor).

Charakterisierung:

Traditionsreiches Diskussionsforum der europäischen christlich-demokratischen Parteien; Erarbeitung grundsätzlicher Stellungnahmen zu politischen Problemen, die vom Politischen Bureau auf der Basis breiten Konsenses verabschiedet werden. Allgemeine Förderung christlich-demokratischen Gedankenguts durch Veröffentlichung grundsätzlicher Art und durch Informationsarbeit.

2. EVP — Europäische Volkspartei — Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft

Gründung:

29. April 1976

Mitglieder:

12 CD-Parteien aus 7 Mitgliedsländern der EG.

Organe:

Kongreß (tagt alle zwei Jahre); entscheidet über Leitlinien und politisches Programm, beschließt Wahlprogramme für die Europawahlen); Politisches Bureau (u. a. Organisation und Koordination des europäischen Wahlkampfes, Verbindung zur EUCD, Diskussion und Beschlußfassung zu Fragen europäischer Politik); Exekutivkomitee; bis zur Verabschiedung des politischen Programms März 1978: Programmkommission (Vorsitzender: Wilfried Martens), Wahlkampfkommission, die z. Z. monatlich tagt. Präsident: Ministerpräsident Leo Tindemans (am 6. September 1978 in seinem Amt bestätigt); drei gewählte Vizepräsidenten (Dario Antoniozzi, Italien; de Boer, Niederlande; 3. Position nach Ableben von André Colin vakant); Vizepräsidenten kraft Amtes: Präsident der EUCD, z. Z. Kai-Uwe von Hassel; Präsident der CD-Fraktion im Europäischen Parlament (Fraktion der Europäischen Volkspartei), z. Z. Dr. Egon A. Klepsch; Generalsekretär: der französische Abgeordnete Jean Seitlinger; stellvertretender Generalsekretär: Josef Müller; Generalsekretariat in Brüssel.

Die EVP arbeitet eng mit der christlich-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament zusammen.

Satzungsmäßige Zwecke:

Zusammenarbeit der Mitglieder zwecks Verwirklichung gemeinsamer Politik beim Aufbau der europäischen Föderation, dazu: Teilnahme an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament; Verwirklichung pluralistischer Demokratie auf Grundlage eines gemeinsamen Programms; Fortführung des europäischen Integrationsprozesses; Koordination der europäischen Aktionen der Mitglieder.

Charakterisierung:

Anders als die EUCD und die Arbeitsgemeinschaft EDU ist die EVP eine Partei, die als solche im Wahlkampf und im direkt gewählten Europäischen Parlament auftreten wird. Die EVP hat in den letzten Monaten alle organisatorischen Schritte vollzogen, um für den bevorstehenden Europawahlkampf gerüstet zu sein. Das gemeinsame politische Programm der EVP-Mitgliedsparteien ist eine auch vom politischen Gegner anerkannte Leistung, die die Homogenität und Aussagekraft der christlichen Demokratie in Europa zeigt. Die EVP hat sich für den europäischen Wahlkampf ein Emblem (aufstrebendes E in einem Kreis aus 12 Sternen und dem Parteinamen, grün-weiß), und einen Wahlslogan („Gemeinsam für ein Europa freier Menschen“) gegeben und bereitet in ihrer Wahlkampfkommission

gemeinsame Werbemittel und Planungen für einen koordinierten europäischen Wahlkampf der Mitgliedsparteien vor. Dem erfolgreichen Programm-Kongreß vom März 1978 soll im Frühjahr 1979 ein Wahlkongreß folgen.

3. EDU — Europäische Demokratische Union

Gründung:

24. April 1978

Die EDU setzt die Tradition der Inter-Party-Conferences fort: Auf Veranlassung der britischen Conservative Party trafen sich seit der Mitte der sechziger Jahre christlich-demokratische, konservative und andere Parteien der Mitte in Europa zu zwanglosen Zusammenkünften.

Mitglieder:

Österreichische Volkspartei; dänische Konservative Volkspartei; finnische Kansallinen Kokoomus; Rassemblement pour la République; CDU; CSU; norwegische Høyre; portugiesisches Centro Democrático Social; schwedische Moderata Samlingspartiet; britische Conservative Party. Als Beobachter arbeiten in der EDU mit: finnische Schwedische Volkspartei; Parti Republicain; Südtiroler Volkspartei; Trentiner Tiroler Volkspartei; spanische Unión de Centro Democrático; maltesische Partit Nazzjonalista; griechische Nea Demokratia; schweizerische Christlichdemokratische Volkspartei. Insgesamt gehören der EDU damit 17 europäische Parteien der Mitte an.

Organe:

Die EDU verzichtet bewußt auf eine ausgebaute Struktur. Sie hat z. Z. lediglich einen Vorsitzenden (Dr. Josef Taus, ÖVP), einen Schatzmeister (Alistair McAlpine, Großbritannien) und einen Exekutivsekretär (Dr. Andreas Khol, ÖVP). Der Schwerpunkt liegt auf der Sacharbeit, die sich zunächst in vier Arbeitsgruppen (europäische Strukturen, Euro-Kommunismus, Arbeitsmarktpolitik, Energie und Umwelt) vollzieht. Bei der Gründungsversammlung wurde eine „Erklärung der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer, konservativer und anderer nicht kollektivistischer Parteien“ angenommen und unterzeichnet.

Satzungsmäßige Zwecke:

Nach der „Erklärung“ ist die EDU eine Arbeitsgemeinschaft, deren Gegenstand die Beratung von politischen Problemen ist, die allen oder einer großen Zahl der Mitglieder gemeinsam sind und welche ein gesamteuropäisches Interesse verkörpern, insbesondere

- die Erarbeitung von gemeinsamen Stellungnahmen zu wichtigen politischen Problemen,
- die wechselseitige solidarische Unterstützung bei der Beratung und Lösung besonderer Probleme einzelner Länder oder Ländergruppen.

Charakterisierung:

Vor allem von der CDU und der CSU gemeinsam mit der ÖVP initiierte Konzeption für die Zusammenarbeit der politischen Parteien der Mitte im freien Europa. Die Initiatoren wollen behutsam daran arbeiten, konservative, christlich-demokratische und andere Mitteparteien aneinander anzunähern, so daß die EDU in Zukunft ein umfassender, wenn auch lockerer, Parteienzusammenschluß werden kann. In diesem Rahmen könnten denkbarerweise auch EUCD und EVP ungeachtet ihrer spezifischen Zwecke mit anderen, in Wert- und Zielvorstellungen ähnlichen Parteien zusammenarbeiten. Die EDU soll aber nicht Partei, sondern nur politische Arbeitsgemeinschaft sein. Sie soll die künftige Koalitionsbildung aller Parteien der Mitte vorbereiten und erleichtern, mit der allein eine ständige nicht-sozialistische Mehrheit im Europäischen Parlament gewährleistet werden kann. Außerdem soll sie die relative Isolierung verhindern, der sich die konservativen Parteien in Großbritannien und Dänemark gegenüber sehen — Länder, in denen es christlich-demokratische Parteien aus historischen Gründen nicht gibt. Schließlich soll die EDU auch den nicht im engeren Sinne christlich-demokratischen Parteien der Mitte in den EG-Beitrittsländern (UCD in Spanien, Nea Demokratia in Griechenland) eine Möglichkeit der Anbindung an die multilaterale Parteienzusammenarbeit in Europa ermöglichen. Damit weist die Grundidee der EDU über die europäische Wahl und die Probleme des Europäischen Parlaments hinaus.

II. Die europäischen Partner-Parteien der CDU

Belgien (Parlamentswahlen April 1977)

Christlich Soziale Volkspartei und

Parti Social Chrétien 36,8 % = 78 von 212 Sitzen

Die beiden christlichen Schwesterparteien haben eine Koalitionsregierung mit Sozialisten (61 Sitze), Volksunie (21 Sitze), wallonischer Sammlungsbewegung und Brüsseler Frankophonen (15 Sitze) unter Ministerpräsident Tindemans gebildet. In der Opposition verbleiben die Liberalen (33 Sitze) und die Kommunisten (4 Sitze).

Dänemark (Parlamentswahlen Februar 1977)

Konservative Volkspartei 8,5 % = 15 von 175 Sitzen

Seit Ende August 1978 besteht eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten

(37 %), die den Ministerpräsidenten stellen, und der rechts-liberalen Venstre (12 %). Umfragen seit den Parlamentswahlen und die Gemeindewahlen vom März 1978 weisen einen Anstieg für die Konservativen aus.

Finnland (Parlamentswahlen Oktober 1976)

Konservative Partei (Kansallinen Kokoomus) . . . 21,0 % = 35 von 200 Sitzen

Schwedische Volkspartei 4,7 % = 10 Sitze

Die Regierung besteht aus einer Koalition aus Sozialdemokraten (24,9 %), Zentristen (18,5 %), Liberalen 4,8 % und (nicht-orthodoxen) Kommunisten (18,5 %).

Frankreich (Parlamentswahlen März 1978)

Rassemblement pour la République (RPR) . . . 26,1 % = 148 von 491 Sitzen

Union pour la Démocratie Française 23,2 % = 143 Sitze

Die CDU arbeitet seit vielen Jahren mit den drei großen Parteien der bürgerlichen französischen Parlamentsmehrheit, den Christlichen Demokraten des Centre des Démocrates Sociaux (CDS), den Gaullisten und der Parti Républicain zusammen, wobei allerdings das CDS — auch wegen der gemeinsamen Beteiligung an den christlich-demokratischen europäischen Parteizusammenschlüssen — unser privilegiertester Partner ist. Bei der Konstituierung der Assemblée Nationale nach den diesjährigen Parlamentswahlen haben Parti Républicain und CDS gemeinsam mit den Radikalsozialisten eine gemeinsame Fraktion, die Union pour la Démocratie Française, gegründet. Ihr Präsident ist der Vorsitzende des CDS, Jean Lecanuet. Die Mitgliedsparteien der UDF haben ihre eigenständige Parteiorganisation und Identität behalten, jedoch sind weitgehende Überlegungen über ein politisches Zusammengehen im Gange.

Griechenland (Parlamentswahlen 1977)

Nea Demokratia 41,9 % = 173 von 300 Sitzen

Im Mai 1978 hat Ministerpräsident Karamanlis auch noch die kleine liberale Partei (Mitsotakis) in die Regierung aufgenommen. In Opposition verbleibt noch die stark geschrumpfte EDIK (Zentrumsunion) mit 11,95 % = 15 Sitze, die beiden kommunistischen Parteien mit 9,36 % = 11 Sitzen und — vor allem — die sozialistische PASOK Papandreous mit 25,33 % = 92 Sitzen.

Großbritannien (Parlamentswahlen Oktober 1974)

Conservative Party 35,7 % = 279 von 635 Sitzen

Im Verlaufe verschiedener Nachwahlen hat sich der Bestand der Conservative Party seither auf 282 Sitze verändert.

Die Labour Party (310, jetzt 306 Sitze) bildet die Regierung und konnte dabei bisher auf die Unterstützung der Liberal Party (13 Sitze) zählen. Nach dem angekündigten Wegfall dieser Unterstützung ist sie nunmehr auf die Scottish National Party (11 Sitze) und die walisischen Nationalisten (3 Sitze) angewiesen. Mit Neuwahlen ist nunmehr für Frühjahr 1979 zu rechnen.

Irland (Parlamentswahlen Juni 1977)

Fine Gael 35,1 % = 54 von 148 Sitzen

Die Fine Gael, die bis 1977 gemeinsam mit Labour (jetzt 11 % = 17 Sitze) regierte, hat unerwartet kräftig gegen die Fianna Fail (50 % = 84 Sitze) verloren. Die Fianna Fail ist nunmehr alleinige Regierungspartei. Die CDU hat jahrelang auch mit der Fianna Fail gute Beziehungen unterhalten, die jedoch in letzter Zeit nicht mehr aktualisiert worden sind.

Island (Parlamentswahlen Juli 1978)

Sjálfstaedis Flokkurinn 32,7 % = 20 von 60 Sitzen

Die Konservative Partei hat die Regierung abgeben müssen; die neue Regierung (seit August 1978) wird von Ländlicher Fortschrittspartei (16,9 % = 12 Sitze), Sozialisten (22,1 % = 14 Sitze) und Kommunisten (22,9 % = 14 Sitze) gebildet.

Italien (Parlamentswahlen Juni 1976)

ABGEORDNETENHAUS

Democrazia Cristiana (DC) 38,7 % = 262 von 630 Sitzen

Südtiroler Volkspartei 0,5 % = 3 Sitze

SENAT

Democrazia Cristiana 38,9 % = 135 von 315 Sitzen

Südtiroler Volkspartei 0,5 % = 2 Sitze

Die Democrazia Cristiana bildet weiterhin allein die Regierung, hat sich jedoch angesichts der Stärke der kommunistischen Partei dazu verstehen müssen, mit parlamentarischer Unterstützung aller anderen Parteien des sogenannten Verfassungsbogens zu regieren. Die Parteien des Verfassungsbogens sind in der Kammer wie folgt vertreten: Kommunisten 34,4 % = 228 Sitze, Sozialisten 9,6 % = 57 Sitze, Sozialdemokraten 3,4 % = 15 Sitze, Republikaner 3,1 % = 14 Sitze, Liberale 1,3 % = 5 Sitze. Außerhalb des Verfassungsbogens stehen die neofaschistische MSI mit der zur demokratischen Seite hin abgespaltenen Destra Nazionale (6,1 % = 35 Sitze), die proletarischen Demokraten und die Radikalen.

Luxemburg (Parlamentswahlen Mai 1974)

Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) 28,0 % = 18 von 59 Sitzen

Die CSV steht in der Opposition; die Regierung wird von den Liberalen (22,1 % = 14 Sitze) und den Sozialisten (29 % = 17 Sitze) gebildet.

Malta (Parlamentswahlen September 1976)

Nationalist Party 49,0 = 31 von 65 Sitzen

Die Regierung wird von der Socialist Party unter Mintoff mit 51 % und 34 Sitzen gestellt.

Niederlande (Parlamentswahlen Mai 1977)

Christlich Demokratischer Appell (CDA) 31,91 % = 49 von 150 Sitzen

Die drei traditionellen christdemokratischen Parteien haben sich für die jüngsten Parlamentswahlen zum CDA zusammengeschlossen. Die Koalition mit den Sozialisten ist nicht erneuert worden. Statt dessen ist eine Regierung mit den Rechtsliberalen (17,94 % = 28 Sitze) zustande gekommen. In Gemeinde- und Provinzwahlen (März 1978) hat der CDA seine Position noch weiter verbessern können.

Norwegen (Parlamentswahlen September 1977)

Konservative Partei (Høyre) 24,1 % = 42 von 155 Sitzen

Die Høyre hatte vor den Parlamentswahlen ein Wahlbündnis mit den Zentristen und der Christlichen Volkspartei geschlossen, die bürgerliche Koalition hat jedoch um einen Parlamentssitz die absolute Mehrheit verfehlt. Die Arbeiterpartei (42,9 % = 76 Sitze) hat daher mit Unterstützung der Linkssozialisten (4 % = 1 Sitz) die Regierung fortsetzen können. Die Zentristen haben jetzt 8,8 % = 12 Sitze, die Christliche Volkspartei 12,2 % = 22 Sitze.

Österreich (Parlamentswahlen Oktober 1975)

Österreichische Volkspartei (ÖVP) 43,1 % = 80 von 183 Sitzen

Die Regierung wird von den Sozialdemokraten (SPÖ) mit 50,4 % = 93 Sitzen geführt. Außerdem gibt es die FPÖ (Liberale) mit 5,4 % = 10 Sitzen und die KPÖ (Kommunisten) mit 1,3 %.

Portugal (Parlamentswahlen April 1976)

Centro Democrático y Social (CDS) 16,0 % = 42 von 250 Sitzen

Nach den Parlamentswahlen hatte zunächst die Sozialistische Partei unter Soares (35 % = 106 Sitze) eine Minderheitsregierung gebildet, in die in der ersten Jahreshälfte 1977 das christlich-demokratische CDS mit 3 Ministern und 5 Staatssekretären eintrat. Diese Regierung ist jedoch im Juli 1978 auseinandergebrochen. Präsident Eanes hat einen parteilosen Ministerpräsidenten ernannt, der ein Technikerkabinett gebildet hat. Es werden für 1979 Neuwahlen erwartet. Die anderen Parteien haben z. Z. folgende Anteile: PPD/PSD unter Sá Carneiro 20 % = 71 Sitze, Kommunisten 15 % = 40 Sitze.

San Marino (Parlamentswahlen Mai 1978)

Partito Democratico Christiano 42,3 % = 26 von 60 Sitzen
Sammarinese (PDCS)

Neuwahlen waren erforderlich geworden, weil die christlichen Demokraten, die bisher mit Unterstützung einer sozialdemokratischen Partei regiert hatten, deren Unterstützung verloren. Trotz einer Verbesserung ihres Stimmenergebnisses um 1 Sitz haben die christlichen Demokraten die absolute Mehrheit nicht gewinnen können. Unter kommunistischer Führerschaft ist eine Volksfrontregierung mit 31 Sitzen zustande gekommen.

Schweden (Parlamentswahlen September 1976)

Moderata Samlingspartiet 15,6 % = 55 von 349 Sitzen

Die Sammlungspartei bildet gemeinsam mit den Zentristen (24,1 %) und den Liberalen (11,1 %) die Regierung. Opposition: Sozialdemokraten (42,7 %) und Kommunisten (4,8 %).

Schweiz (Parlamentswahlen Oktober 1975)

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) 21,0 % = 46 von 200 Sitzen
(Nationalrat)
= 17 von 44 Sitzen
(Ständerat)

Weitere bedeutende Parteien sind die Sozialisten mit 24,9 %, die Radikalen Demokraten mit 22,2 % sowie die Zentrumspariei mit 9,9 %. Die Schweiz kennt

eine Koalitionsregierung aus den vier stärksten Parteien, in der die Christlich-demokratische Volkspartei mit Ministern (Bundesräten) vertreten ist.

Spanien (Parlamentswahlen Juni 1977)

KONGRESS (Unterhaus):

Union des Demokratischen Zentrums (UCD) . . . 33,8 % = 166 von 350 Sitzen

Baskisch-Nationalistische Partei (Equipo) . . . 1,6 % = 8 Sitze

Katalonische Christliche Demokraten (Equipo) ca. 1 % = 2 Sitze

SENAT (Oberhaus):

Union des Demokratischen Zentrums (UCD) 105 von 248 Sitzen

Der stärkste Widersacher der Zentrumsunion von Suárez ist die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), die im Kongreß 28,7 % = 118 Sitze und im Senat 47 Sitze erhalten hat. 41 Senatoren sind vom König zusätzlich ernannt; diese Gruppe gilt als gemäßigt konservativ und unterstützt die Regierung. Die Regierungspartei UCD ist aus zahlreichen Einzelparteien zustande gekommen, in denen — auch wenn dies in den früheren Parteibezeichnungen nicht immer zum Ausdruck kam — die christlich-demokratische Gedankenrichtung überwiegt, jedoch enthält die UCD auch liberale und rechts-sozialdemokratische Elemente. In den Programmdokumenten, die die UCD erarbeitet hat, überwiegen jedoch die Wert- und Zielvorstellungen, die auch die CDU teilt. Das Equipo setzte sich ursprünglich aus der Christlich Demokratischen Föderation, der Demokratischen Union des Landes Valencia, der Baskisch-Nationalistischen Partei und den Katalonischen Christlichen Demokraten zusammen; als selbständige, parlamentarisch vertretene Gruppe verbleibt im wesentlichen nur noch die baskische Partei, nachdem die Katalonischen Christlichen Demokraten sich zum Teil mit der Zentrumspartei in Katalonien fördert haben.

Türkei (Parlamentswahlen Juni 1977)

Gerechtigkeitspartei (Demirel) 36,9 % = 189 von 450 Sitzen

Der traditionelle Partner der CDU ist die Gerechtigkeitspartei. Die schwierige innenpolitische Situation der Türkei und gewisse Organisationsschwierigkeiten auf türkischer Seite haben dazu geführt, daß die Beziehungen in der letzten Zeit weniger deutlich geworden sind. Die CDU ist um eine Belebung bemüht. Ein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der CDU besteht auch bei der Wohlfahrtspartei (8,6 % = 24 Sitze, Vorsitz: Erbakan) und der Nationalen Aktionspartei (6,4 % = 16 Sitze, Vorsitz Türkesch). Die CDU sieht jedoch für die Aufnahme von Parteibeziehungen mit diesen Gruppen keine hinreichende Gemeinsamkeit

der Ziele und Interessen. Die Regierung wird von der Republikanischen Volkspartei Ecevit (sozialistische Prägung; 41,4 % = 213 Sitze) mit Unterstützung der kleineren Parteien und der persönlichen Unterstützung einiger Abgeordneter geführt.

Mitgliedschaft in den europäischen Parteizusammenschlüssen

Land	Partei	EUCD	EVP	EDU*)
A	Österreichische Volkspartei	×		×
B	Christelijke Volkspartij	×	×	
	Parti social-chrétien	×	×	
CH	CVP	×		×
D	CDU	×	×	×
	CSU	×	×	×
DK	Konservative Folkepartiet			×
E	UCD			×
	Equipo	×		
F	CDS	×	×	
	R.P.R.			×
	P.R.			×
GB	Conservative Party			×
GR	Nea Demokratia			×
I	Democrazia Christiana	×	×	
	Südtiroler Volkspartei		×	×
IRL	Fine Gael	×	×	
IS	Sjálfstaedis Flokkurinn			
L	PCS	×	×	
MAL	Partit Nazzjonalista	×		×
N	Høyre			×
NL	ARP	×	×	
	CHU } CDA	×	×	
	KVP }	×	×	

Land	Partei	EUCD	EVP	EDU*)
P	Centro Democrático Social	×		×
RSM	Partito Democratico Cristiano Sammarinese	×		
S	Moderata Samlingspartiet			×
SF	Kansallinen Kokoomus Svenska Folkepartiet			×
Europ.	EUJDC	×		
Orga-	JDCE		×	
nisat.	UFDC	×		
	EUCDA	×		
	EKPV	×		

*) Mitglieds- und Beobachterparteien